

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2017

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einführung	3
1.	Zusammensetzung der Delegation	3
II.	Wintertagung vom 23. bis 24. Februar 2017 in Wien	3
1.	Delegation und Teilnehmer	3
2.	Eröffnungssitzung	3
3.	Der Ständige Ausschuss	4
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	4
5.	Spezialdebatte «Schutz der Menschenrechte in Zeiten von Krisen»	5
6.	Schlussitzung	6
III.	Jahrestagung vom 5. bis 9. Juli 2017 in Minsk	6
1.	Delegation und Teilnehmer	6
2.	Eröffnungssitzung	6
3.	Der Ständige Ausschuss	7
4.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	9
4.1	Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit	9
4.2	Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	10
4.3	Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	10
4.4	Zusätzliche Beratungsgegenstände	11
5.	Plenarversammlung	12
6.	Schlussitzung	12
7.	Erklärung von Minsk	13
8.	Bilaterale Gespräche	13
9.	Wahlen	13
IV.	Herbsttagung vom 3. bis 5. Oktober 2017 in Andorra	14
1.	Delegation und Teilnehmer	14
2.	Eröffnungssitzung	14
3.	Der Ständige Ausschuss	15
4.	Die drei Dimensionen der OSZE	16
5.	Mittelmeerforum	17
V.	Wahlbeobachtung	17
VI.	Zusammenarbeit	22
VII.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	22
VIII.	Weitere Informationsquellen	22
IX.	Schlusswort und Antrag	22

Anhang: Übersicht über die Struktur der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

I. Einführung

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2017 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 30. März 2017 neu gewählt. Die Delegation setzte sich im Jahre 2017 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Günter Vogt, Delegationsleiter
- Stv. Abg. Helen Konzett, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Violanda Lanter-Koller, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

II. Wintertagung vom 23. bis 24. Februar 2017 in Wien

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet jeweils ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse. Ebenso fand dieses Jahr eine Spezialdebatte zum Thema «Schutz der Menschenrechte in Zeiten von Krisen» statt.

1. Delegation und Teilnehmer

Am 23. und 24. Februar fand die 16. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien statt. Liechtenstein konnte aufgrund der durchgeführten Landtagswahlen Anfang Februar keine Delegation an die Wintertagung senden. Insgesamt nahmen rund 250 Parlamentarier aus 53 OSZE-Teilnehmerstaaten sowie zahlreiche Parlamentarier der Kooperationspartner an der zweitägigen Konferenz teil.

2. Eröffnungssitzung

Die Wintertagung wurde von der österreichischen Präsidentin der Versammlung Christine Muttonen eröffnet. Dabei machte sie Ausführungen über die Arbeit, welche Österreich unternimmt um einerseits die Verpflichtungen und die Werte der OSZE und andererseits die gemeinsamen Herausforderungen in der OSZE-Region voranzutreiben. Sie betonte, dass Beziehungen gepflegt werden müssen. Eine aggressive Rhetorik und nationalistische Politik werde lediglich den Blickwinkel schmälern und mache es schwieriger, die nötigen globalen Lösungen zu finden. Die Präsidentin rief dazu auf, Brücken zu bauen und die Kooperationen zu pflegen.

Anschliessend richtete die österreichische Nationalratspräsidentin Doris Bures ihre Worte an die Delegierten. Ebenso sprach die Gleichstellungsbeauftragte der OSZE PV Hedy Fry vor der Versammlung. Sie konzentrierte sich auf die geschlechtsspezifischen Aspekte der Flüchtlings- und Migrationskrise.

3. Der Ständige Ausschuss

An der Sitzung des Ständigen Ausschusses wurden der Bericht der Präsidentin, des Generalsekretärs, der Schatzmeisterin und verschiedene weitere Berichte zu Wahlbeobachtungen, der Ad-hoc-Ausschüsse sowie der verschiedenen Sonderbeauftragten zur Kenntnis genommen.

4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

An der Sitzung des politischen Ausschusses stellte Botschafter Steffen Kongstad, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses und Botschafter Norwegens bei der OSZE, die Aktivitäten des OSZE-Sicherheitsausschusses und die laufenden Diskussionen über transnationale Bedrohungen und Reformen im Sicherheitssektor vor. Er erklärte, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Bedrohungen, insbesondere des organisierten Verbrechens, intensivieren sollten. Er stellte fest, dass der umfassende Sicherheitsansatz der OSZE und die Arbeit der Feldmissionen eine Schlüsselrolle in dieser Angelegenheit spielen, und betonte, dass der Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung eine der Hauptprioritäten des Sicherheitsausschusses sei.

Botschafter Christian Istrate, Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation und Botschafter Rumäniens bei der OSZE, informierte die Parlamentarier über die Prioritäten des Forums für Sicherheitskooperation. Dieses werde sich auf die Krise in und um die Ukraine, auf Langzeitkonflikte in der Schwarzmeerregion, das Wiener Dokument sowie transnationale Bedrohungen wie die Cybersicherheit konzentrieren. Ebenfalls seine Worte an die Parlamentarier richtete Henrik Villadsen, Direktor des Büros des Hohen Kommissars der OSZE für Nationale Minderheiten. Er erinnerte die Parlamentarier daran, dass das Amt des Hohen Kommissars seit dem 20. August 2016 unbesetzt ist. Anschliessend wurde zum Thema «Transnationale Sicherheit in der OSZE-Region: Konfrontation mit dem Terrorismus» diskutiert.

Die Berichterstatteerin Margareta Cederfelt stellte die Ideen für ihren Bericht anlässlich der Jahrestagung in Minsk vor. Dabei wird sie sich voraussichtlich mit den Langzeitkonflikten im OSZE-Raum, dem Terrorismus, der Cybersicherheit und der Rolle der Frauen im Friedensbildungsprozess beschäftigen.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Im Wirtschaftsausschuss stellte die Berichterstatterin Marietta Tidei ihre Überlegungen für den Bericht für die Jahrestagung vor. Dieser soll die Themen Klimawandel, grünes Wachstum, Energie und Umwelt, Migration sowie Globalisierung beinhalten. Seitens des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE unterrichteten dessen Vorsitzender, Botschafter Kairat Sarybay, und Halil Yurdakul Yigitguden, OSZE-Koordinator, die Versammlung über die neusten Aktivitäten. Anschliessend fand eine Debatte zum Thema «Natürliche Ressourcen, Wassersicherheit und Klimawandel» statt.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Im Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte stellte der Berichtstatter Kyriakos Hadjiyianni ebenfalls seine erarbeitete Grundlage für den Bericht anlässlich der Jahrestagung vor.

Botschafterin Sian Macleod, Vorsitzende des Ausschusses der menschlichen Dimension und Botschafterin Grossbritanniens bei der OSZE, informierte die Versammlung über die Arbeit des Ausschusses. Ziel sei es, die menschliche Dimension innerhalb der OSZE zu stärken. Dazu übernehme sie die Prioritäten des OSZE-Vorsitzenden Sebastian Kurz und man werde sehr eng mit dem österreichischen Vorsitz zusammenarbeiten. Seit der Gründung des Ausschusses der menschlichen Dimension hätten Menschenrechtsfragen niemals so starke Aufmerksamkeit benötigt wie heute. Die Grundrechte und Freiheiten würden während ihres Vorsitzes im Rampenlicht stehen.

Auch Michael Georg Link, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), sprach zu den Parlamentariern. Er betonte den Wert der Zusammenarbeit des ODIHR und der Parlamentarischen Versammlung bei verschiedenen Aktivitäten einschliesslich der Wahlbeobachtungen. Ebenso betonte er die Bedeutung der menschlichen Dimension in der Arbeit der OSZE als Ganzes. Er führte aus, dass Menschenrechte und Sicherheit nicht widersprüchlich sein müssen, sondern vielmehr komplementär seien. Weiter unterstrich er den Wert von Wahlbeobachtungsmissionen, wobei die Werte der OSZE gefördert werden.

5. Spezialdebatte «Schutz der Menschenrechte in Zeiten von Krisen»

Die Spezialdebatte wurde mit einleitenden Worten seitens der Präsidentin der Versammlung, Christine Muttonen, Ignacio Sánchez Amor, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses und des ODIHR Direktors, Michael Georg Link, eröffnet. Zahlreiche Parlamentarier aus mehr als 20 Teilnehmerstaaten der OSZE ergriffen in der Debatte das Wort und sprachen zu einer breiten Palette von Themen. Sie drückten dabei Bedenken über die Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit aus. Weitere Sprecher unterstrichen die Bedeutung der Entwicklung wirksamer Ansätze zur Bekämpfung von Radikalisierung sowie des gewalttätigen Extremismus.

6. Schlussitzung

An der Schlussitzung richtete Sebastian Kurz, der OSZE-Vorsitzende und Österreichs Außenminister, seine Worte an die Parlamentarier. Dabei lobte er die wertvolle Rolle der Parlamentarischen Versammlung. Als Vertreter des Volkes trage die PV in einer beeindruckenden Art zur Verteidigung, zum Schutz und zur Implementierung der Werte und Bestrebungen der OSZE bei. Er unterstrich, dass demokratisches Feedback sowie Dialog durch komplementäre Kommunikationskanäle unentbehrlich für die OSZE seien und diese zur Vertrauensbildung beitragen.

Ebenso sprach Lamberto Zannier, Generalsekretär der OSZE, vor der Versammlung. Der Generalsekretär stellte fest, dass es zur Förderung der Sicherheit wichtig sei, alle Möglichkeiten zu nutzen, und betonte dabei die Rolle der Versammlung. Durch die parlamentarische Diplomatie und die Rolle in den nationalen Parlamenten tragen die Mitglieder der PV in grossem Umfang zur Erreichung der Ziele der Organisation bei. Als zentrales Forum für den Dialog zwischen den 57 Teilnehmerstaaten bilde die Versammlung ein wichtiges Bindeglied in eine sichere Zukunft.

III. Jahrestagung vom 5. bis 9. Juli 2017 in Minsk

1. Delegation und Teilnehmer

Vom 5. bis zum 9. Juli fand die 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der belarussischen Hauptstadt Minsk statt. Die Jahrestagung stand unter dem Thema «Stärkung von gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit für Frieden und Wohlstand in der OSZE-Region». Insgesamt trafen sich 260 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 55 OSZE-Teilnehmerstaaten und vier Partnerstaaten, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter), die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Insgesamt nahmen mehr als 600 Delegierte am wichtigsten Anlass des Jahres der OSZE PV teil.

2. Eröffnungssitzung

Die Jahrestagung wurde von der österreichischen Präsidentin der Versammlung, Christine Muttonen, eröffnet. In ihrer Eröffnungsansprache rief sie in Erinnerung, dass die OSZE-Länder auf der Grundlage ihrer gemeinsamen historischen Erfahrungen gemeinsame Werte und Verpflichtungen zur Förderung eines umfassenden Sicherheitsmodells verabschiedet haben, das Demokratie und Menschenrechte an die Spitze stellt. Muttonen führte aus, dass echte Sicherheit mehr bedeutet als nur das Fehlen eines Krieges. Echte Sicherheit bedeute, dass die Menschenrechte respektiert werden, dass Wahlen demokratisch seien und dass die Rechtsstaatlichkeit bestätigt werde. Durch die harte Arbeit von Demokratie und Diplomatie könnten politische Stabilität, Wirtschaftswachstum, ökologische Nachhaltigkeit und das gemeinsame Ziel von Frieden und Wohlstand erreicht werden.

Der belarussische Präsident Alexandr Lukashenko betonte in seiner Rede, dass die Parlamentarische Versammlung ein wirksames Forum zur Stärkung der Sicherheit sei. Er sprach über Konflikte im Nahen Osten, die Auswirkungen auf Europa haben, sowie Langzeitkonflikte im OSZE-Gebiet wie Nagorno-Karabach und Transnistrien und wies darauf hin, dass es unerlässlich sei, dass die internationale Gemeinschaft diese Konflikte genau verfolge, bevor sie zu noch grösseren Problemen führten. Präsident Lukashenko führte in seiner Ansprache Terrorismus, Klimawandel, Migration und die Krise in und um die Ukraine als dringende Themen auf, welche eine stärkere Zusammenarbeit im politisch-militärischen Bereich, einschliesslich der Terrorismusbekämpfung und der Cybersicherheit, benötigen. Ferner forderte er einen OSZE-Gipfel der Staats- und Regierungschefs, um die Gründungsprinzipien der OSZE, welche 1975 in Helsinki vereinbart wurden, neu zu beleben.

Ebenfalls seine Worte an das Plenum richtete Vladimir Andreichenko, der Vorsitzende des belarussischen Repräsentantenhauses. Er betonte die Rolle der parlamentarischen Diplomatie bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen für alle Länder der OSZE. Während der Jahresversammlung erwarte er einen konstruktiven Meinungs austausch mit einer Abkehr des Konfrontationsdenkens, um Lösungen für die schwierigen Probleme der internationalen Agenda zu finden. Parlamentarische Diplomatie müsse dazu verwendet werden, um Brücken zu bauen und nicht um Trennungslinien zu schaffen, so der Vorsitzende abschliessend.

Sebastian Kurz, der OSZE-Vorsitzende und Österreichs Aussenminister, unterstrich, dass die Parlamentarier angesichts schwieriger Konflikte und zunehmender transnationaler Bedrohungen Chancen für einen konstruktiven Dialog schaffen und dabei viel Engagement zeigen würden. Weiter führte der Minister aus, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten die Abgeordneten eine noch wichtigere Rolle haben. Er zähle auf die Parlamentarier und ihre Netzwerke in ihren Heimatstaaten, um Einfluss auszuüben, damit konkrete Fortschritte erzielt werden können, nicht zuletzt in der Krise in und um die Ukraine. Weiter ging er auf die drei Ziele des Österreichischen Vorsitzjahres ein: bestehende Konflikte – mit Fokus auf die Ukraine – zu entschärfen, das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten im OSZE-Raum wiederherzustellen und Radikalisierung und Terrorismus zu bekämpfen.

3. Der Ständige Ausschuss

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand am 5. Juli unter der Leitung von Präsidentin Christine Muttonen statt. Auf der Tagesordnung standen der Bericht der Präsidentin, der Bericht des Generalsekretärs, der Bericht der Schatzmeisterin über die Haushaltsführung 2016/2017 und die Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2017/2018 sowie Berichte der Sonderbeauftragten und über Wahlbeobachtungsmissionen.

Die Präsidentin der Versammlung unterstrich in ihrem Bericht zuhanden des Ständigen Ausschusses ihre Prioritäten während des Vorsitzes. Dazu zählen die Verbesserung der Beiträge der Parlamentarier zu den Aktivitäten der OSZE-Familie, die Erweiterung der externen Zusammenarbeit, um Kontakte zu anderen relevanten

regionalen und internationalen Organisationen zu pflegen, die Sensibilisierung für die wichtige Rolle der Frauen in den Bereichen Vertrauensbildung, Dialog und Konfliktlösung, mehr Raum für die parlamentarische Diskussion sowie die Erhöhung der Auswirkungen der Arbeit der OSZE inklusive der Arbeit der Feldmissionen.

Auf Vorschlag von Präsidentin Muttonen wurde vom Ständigen Ausschuss der Versammlung einhellig ein Ad-hoc-Ausschuss zur Bekämpfung von Terrorismus eingerichtet. Der Ausschuss soll dazu beitragen, die Bemühungen der Versammlung im Bereich der Terrorismusbekämpfung mit besonderem Augenmerk auf übergreifende Fragen voranzubringen. Der Ausschuss soll weiter den interparlamentarischen Dialog und den Austausch bewährter Praktiken fördern und die Rolle der OSZE zur Entwicklung wirksamer und menschenrechtskonformer Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung stärken.

Der Generalsekretär der OSZE PV, Roberto Montella, präsentierte seinen zweiten Tätigkeitsbericht. Der Fokus des vergangenen Jahres lag weiterhin auf der Stärkung des Internationalen Sekretariats in Kopenhagen. So wurde inzwischen eine Haushaltsordnung für das Sekretariat verabschiedet. Die Zusammenarbeit der Versammlung mit der OSZE, dem ODIHR, dem Hochkommissar für Nationale Minderheiten und den OSZE-Feldmissionen sei intensiv und ausgezeichnet, so der Generalsekretär. Zusätzlich zur Organisation aller Tagungen, Konferenzen, Seminare und Wahlbeobachtungsmissionen leistet das Internationale Sekretariat substantiellen Support für die Aktivitäten der Präsidentin wie auch für andere Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sowie deren zahlreiche Gremien.

Dem Ständigen Ausschuss kommt jedes Jahr die Aufgabe zu, darüber zu entscheiden, ob die eingereichten zusätzlichen Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dabei wurde lediglich einem zusätzlichen Beratungsgegenstand mit grosser Mehrheit die Zustimmung verweigert. Diese Resolution wurde seitens eines litauischen Delegationsmitglieds eingebracht und trägt den Titel «The Situation in Belarus».

Der vorgelegte Bericht der Schatzmeisterin Doris Barnett über das mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossene Jahr 2016/2017 wurde vom Ständigen Ausschuss zur Kenntnis genommen und verdankt. Für das Haushaltsjahr 2017/2018 schlug die Schatzmeisterin erneut eine Anpassung des Budgets von 2% vor. Die Erhöhung um EUR 65'000 kommt dem Personalaufwand (u.a. Ausbildungsbeihilfen, Praktikanten) zugute. Somit stieg der vorgeschlagene Haushalt der Versammlung auf EUR 3'226'000 (Vorjahr EUR 3'161'000). Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu. Der liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt EUR 4'030 (Vorjahr EUR 3'951) was 0,125% des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht. Einmal mehr wurde das – vom Ministerrat festgelegte – Berechnungssystem der Beiträge zum Budget diskutiert und kritisiert, da es der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Teilnehmerstaaten als Berechnungsschlüssel nicht mehr entspricht.

Die Schatzmeisterin rief wiederholt sämtliche Delegationen, die noch nie Gastgeber einer OSZE-Jahres- oder Herbsttagung waren, auf, dies in Betracht zu ziehen. Ebenso seien freiwillige Beiträge an den Haushalt der Versammlung jederzeit willkommen.

4. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei ordentlichen Ausschüsse diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht inklusive Resolution zum Tagungsthema. Zusätzlich wurden 14 weitere Resolutionen von den Ausschüssen behandelt und verabschiedet.

4.1 Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit tagte unter dem Vorsitzenden Roger Wicker. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Margaretha Cederfelt.

Die Berichterstatterin befasste sich in ihrem Bericht mit den aktuellen Herausforderungen im OSZE-Raum wie Cybersicherheit, dem Terrorismus, der Türkei, der russischen Aggression gegen die Ukraine sowie den bestehenden Langzeitkonflikten in Berg-Karabach, Transnistrien und Abchasien. Diese Herausforderungen erforderten einen konstruktiven Dialog und vertiefte Zusammenarbeit. Vertrauensbildende Massnahmen und Mediation unter den Teilnehmerstaaten sind der Schlüssel zur Vermeidung einer weiteren Eskalation. Die OSZE müsse daher alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen, um aufkommenden Bedrohungen zu begegnen und eine Atmosphäre der gegenseitigen Achtung, der Kooperation und des Vertrauens unter den Teilnehmerstaaten sicherzustellen.

Die besondere Rolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die sie auch im Rahmen offener Aussprachen und des interparlamentarischen Dialogs wahrnehme, werde der Schlüssel zum Wiederaufbau des Vertrauens und der auf gegenseitige Achtung gestützter Beziehungen unter den OSZE-Ländern sein. Die gewählten Parlamentarier, die das Volk vertreten, müssten vorangehen und ihre Regierungen dazu veranlassen, die erforderlichen Schritte für ein erfolgreiches Fortbestehen der OSZE, der wichtigsten regionalen Sicherheitsorganisation in dem Gebiet von Vancouver bis Wladiwostok, einzuleiten. Der Resolutionsentwurf wurde vom Ausschuss verabschiedet.

Zusätzlich diskutierte der Ausschuss über zwei weitere Beratungsgegenstände. Die ukrainische Delegation brachte die Resolution «Restoration of the Sovereignty and Territorial Integrity of Ukraine» ein. Zur anhaltenden Krise in der Ukraine meldeten sich zahlreiche Abgeordnete zu Wort und es wurde kontrovers diskutiert. Am Ende der Debatte stimmte die russische Delegation gegen diese Resolution. Die Resolution wurde vom Ausschuss verabschiedet. Die Resolution mit dem Titel «Strengthening the Role of the OSCE in Countering Terrorism», welche von der russischen Delegation eingebracht wurde, wurde ebenfalls verabschiedet.

Der Ausschuss wurde vom türkischen Botschafter Ertugrul Apakan via Videolink über die neusten Entwicklungen der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine informiert. Die Situation sei noch immer volatil und in verschiedenen Gebieten komme es noch immer zu Gewalt. Aktuell seien 650 Beobachter an 22 Standorten in der Ukraine aktiv. Botschafter Apakan ist seit dem 2. April 2014 als Leiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine stationiert. An der Mission sind 40 der 57 OSZE-Staaten beteiligt. Abschliessend waren sich die Delegierten einig, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt und eingehalten werden müssen.

Der Abgeordnete Günter Vogt nahm an den Sitzungen des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Sicherheit teil. Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.2 Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt tagte unter der Leitung von Nilza Sena. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Marietta Tidei sowie die dem Ausschuss überwiesenen vier zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Der Bericht betont die Notwendigkeit, der Verantwortung bei der Bewältigung von Migration, Klimawandel und anderen Herausforderungen in der ökonomischen und ökologischen Dimension gerecht zu werden. Die Berichterstatterin stellt fest, dass mehr als 63 Millionen Menschen auf der ganzen Welt vertrieben wurden, und betont, dass Krieg, Armut und Klimawandel zur Massenflucht beitragen. Die Entschliessung wurde vom Ausschuss angenommen. Auch die vom Ständigen Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände wurden von den Mitgliedern des Ausschusses verabschiedet.

Aufgrund der Kleinheit der liechtensteinischen Delegation mit zwei Mitgliedern ist eine aktive Teilnahme und aktive Mitarbeit in drei Ausschüssen organisatorisch nicht möglich: Es kommt zu Überschneidungen der Tagungszeiten mit den anderen Ausschüssen. So konnte die liechtensteinische Delegation nicht an den Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt teilnehmen.

Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.3 Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen tagte unter der Leitung des Vorsitzenden Ignacio Sanchez Amor und der Vizevorsitzenden Ivana Dobesova. Auf der Tagesordnung standen der Bericht und Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Kzriakos Hadjizianni sowie die an den Ausschuss überwiesenen zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Der Bericht unterstreicht die zentrale Bedeutung der menschlichen Dimension für die regionale Sicherheit und zeigt Wege zur Stärkung dieses Grundpfeilers der regionalen Architektur in einer Zeit, in der er ohne die gebührende Sorgfalt zu zerfallen droht, auf. Der Berichterstatter ruft die OSZE-Staaten auf, die Feldmissionen mit angemessenen Ressourcen auszurüsten. Weiter sollen die Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus als wichtige Errungenschaft der OSZE im Dienst der Menschenrechte und Grundfreiheiten neu beleben. Drittens sollen die Teilnehmerstaaten die Empfehlungen der OSZE im Rahmen von OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen genau prüfen und sich in Zusammenarbeit mit den nationalen Gesetzgebern nach Kräften darum bemühen, sie umzusetzen. Weiter soll

sich die OSZE stärker auf die in der menschlichen Dimension wurzelnden Konfliktursachen, besonders im Nahen Osten, konzentrieren, um auf eine tragfähigere und stabilere Zukunft für alle Staaten hinzuarbeiten. Dem Entschliessungsentwurf wurde zugestimmt.

Vom Ständigen Ausschuss wurden fünf zusätzliche Beratungsgegenstände an den Ausschuss überwiesen, welche alle vom Ausschuss angenommen wurden. Dabei handelte es sich um Resolutionen zu den Themen «Preventing Child Sexual Exploitation Online Through Advances in Technology», «Multiculturalism – the role of cultural values in democratic development in a globalizing world», «Abolition of the Death Penalty», «The Situation in Eastern Europe» und «The Inadmissibility of Discrimination and Intolerance with regard to Christians, Muslims and Members of other Religions».

Eine spannende Debatte wurde zum Beratungsgegenstand «The Situation in Eastern Europe» geführt. Während der Diskussion sprachen sich insbesondere die im Resolutionstext erwähnten Staaten (Russland, Belarus und Aserbaidschan) gegen eine Verabschiedung aus. Nach langer Diskussion fand die von einem schwedischen Parlamentarier eingebrachte Resolution mit 31 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen eine Mehrheit. Allerdings wurde die Resolution später von der Plenarversammlung – mit Stimmgleichheit – nicht in die «Minsk Deklaration» übernommen.

Die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett vertrat Liechtenstein im Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Der vollständige Bericht kann auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4.4 Zusätzliche Beratungsgegenstände

Die Tagesordnung der Jahrestagung wird jeweils durch zusätzliche Beratungsgegenstände zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen. Insgesamt wurden in Minsk 14 weitere Beratungsgegenstände von den Ausschüssen und dem Plenum behandelt und verabschiedet. Seitens der liechtensteinischen Delegierten wurden im Vorfeld der Jahrestagung folgende Beratungsgegenstände – welche auf die Tagesordnung gesetzt wurden – mitunterzeichnet: «Strengthening energy security in the OSCE region» (Ukraine), «Promoting Gender Inclusive and Responsive Mediation» (Kanada), «The Situation in Belarus» (Litauen), «Multiculturalism – the role of cultural values in democratic development in a globalizing world» (Aserbaidschan) und «Observation of New Voting Technologies» (Schweden).

5. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen standen die Debatten über drei zusätzliche Beratungsgegenstände zu den Themen «For a Coherent, Shared and Responsible Governance of Migration and Refugee Flows», «Migration» und «Promoting Gender Inclusive and Responsive Mediation».

Die zwei Resolutionen zu den Themen Migration und Flüchtlinge wurden gemeinsam behandelt und zahlreiche Parlamentarier aus Italien, Kanada, den USA, der Ukraine, Tschechien und Portugal meldeten sich zu Wort. Dabei wurde der von der Versammlung im Februar 2016 eingesetzte Ad-hoc-Ausschuss für Migration gelobt und seine geleistete Arbeit gewürdigt. Die Resolutionen fordern die OSZE sowie die Regierungen des OSZE-Raums auf, die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Praktiken zu verbessern, um ein kohärentes Konzept zur Lösung der Migrationsproblematik auf der Grundlage der Prinzipien der Teilung von Verantwortung zu entwickeln. Nach der Diskussion über mehrere Änderungsanträge wurden die Resolutionen verabschiedet.

Die Gleichstellungsbeauftragte Hedy Fry erläuterte in ihren Ausführungen insbesondere die geschlechtsspezifischen Aspekte der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Sie betonte, dass die Integrationspolitik die Vielfalt der Identitäten der Migranten anerkennen muss. Die von ihr eingebrachte Resolution wurde nach kurzer Diskussion von der Plenarversammlung verabschiedet.

6. Schlusssitzung

Auf der Tagesordnung der Schlusssitzung unter der Leitung der amtierenden Präsidentin der Versammlung stand die ordentliche Berichterstattung der Vertreter der verschiedenen OSZE-Institutionen. Die Stühle blieben jedoch leer, da ab dem 1. Juli 2017 alle Spitzenpositionen vakant waren und bis zur Tagung kein Konsens bei der Neubesetzung der Posten erzielt werden konnte. Die Stelle des Generalsekretärs und der Posten des Direktors des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) waren bis Ende Juni besetzt. Seit dem 20. August 2016 war die Position des Hochkommissars für Nationale Minderheiten (HCNM) und seit dem 11. März 2017 die Stelle des Beauftragten für Medienfreiheit (RFoM) vakant.

[In der Zwischenzeit konnten sämtliche Posten besetzt werden:

- OSZE-Generalsekretär: Thom jaš Greminger (Schweiz);
- Direktorin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR): Ingibjörg Sólrún Gísladóttir (Island);
- OSZE-Hochkommissar für Nationale Minderheiten (HCNM): Lamberto Zannier (Italien);
- OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (RFoM): Harlem Désir (Frankreich).]

Anschliessend wurden die Entschliessungen der drei Ausschüsse zum Thema der Jahrestagung «Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit im Namen des Friedens und des Wohlstands in der OSZE-Region» sowie die Entschliessungen zu den zusätzlichen Beratungsgegenständen verabschiedet. Die

Ausnahme bildete die Resolution «The Situation in Eastern Europe». Wie schon im Ausschuss löste diese Resolution auch im Plenum eine heftige Debatte aus und wurde bei einer Stimmengleichheit von 43 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen bei 28 Enthaltungen nicht in die «Minsk Deklaration» übernommen.

7. Erklärung von Minsk

Als Ergebnis der Tagung wurde die «Minsk Deklaration» mit 91 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen verabschiedet. Sie beinhaltet die Resolutionen der Ausschüsse und die Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Deklaration fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Deklaration wurde zur weiteren Behandlung an die Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten gesandt. Das Dokument kann über die Homepage der PV der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

8. Bilaterale Gespräche

Am Rande der Tagung nutzte die liechtensteinische Delegation die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentariern anderer Staaten auszutauschen. So ergaben sich interessante Diskussionen zwischen den Sitzungen, aber auch kurze Treffen mit Vertretern aus der Schweiz, aus Deutschland, aus Österreich sowie aus Monaco.

9. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen diverse Wahlen der Versammlung auf der Agenda. Der Vorschlag des Generalsekretärs Roberto Montella in die dreiköpfige Wahlkommission Lord Peter Bowness (UK), Vorsitz, die portugiesische Delegierte Nilza Sena sowie die liechtensteinische Delegierte Helen Konzett zu wählen, wurde von der Plenarsammlung ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

Als Präsidentin wurde Christine Muttonen (Österreich) für ein weiteres Jahr wiedergewählt. Als Vizepräsidenten wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Marietta Tidei (Italien), Roger Wicker (USA), Margaretha Cederfelt (Schweden) und Victor Dobre (Rumänien). Als Schatzmeisterin wurde Doris Barnett (Deutschland) wiedergewählt.

In die drei Ausschüsse sind folgende Personen gewählt worden:

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit:

- Filippo Lombardi (Schweiz) – Vorsitzender
- Guglielmo Picchi (Italien) – Vizevorsitzender
- Kristian Vigenin (Bulgarien) – Berichterstatter

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt:

- Nilza Sena (Portugal) – Vorsitzende
- Artur Gerasymov (Ukraine) – Vizevorsitzender
- Sofio Katsarava (Georgien) – Berichterstatterin

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen:

- Ignacio Sanchez Amor (Spanien) – Vorsitzender
- Ivana Dobesova (Tschechische Republik) – Vizevorsitzende
- Kyriakos Kyriakou-Hadjijanni (Zypern) – Berichterstatter

IV. Herbsttagung vom 3. bis 5. Oktober 2017 in Andorra

1. Delegation und Teilnehmer

Vom 3. bis zum 5. Oktober fand die 16. Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Andorra statt. Insgesamt trafen sich rund 180 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten, um über das Thema «Sicherheit im OSZE-Raum: Neue Herausforderungen, neue Aufgaben» zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch die stellvertretende Abgeordnete Helen Konzett und die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Aufgrund der in der gleichen Woche stattfindenden Landtagssitzung konnte der Abgeordnete Günter Vogt nicht teilnehmen.

2. Eröffnungssitzung

Christine Muttonen, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, betonte in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung aller OSZE-Länder bei der Bewältigung von neuen globalen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. In der heutigen Welt seien die Interessen eines Volkes eng mit den Interessen anderer Völker verbunden. Wenn nun ein Land erkläre, dass es nur seine eigenen Interessen wahrnehme, ohne die anderen Länder zu berücksichtigen, untergrabe es die Interessen aller. Gerade in dieser vernetzten Welt sei die Kooperation eine Notwendigkeit und kein Land, egal wie gross es sei, könne es sich leisten, seine Sicherheit alleine zu gewährleisten. Weiter unterstrich Muttonen die Rolle der Parlamentarier bei der Förderung der Zusammenarbeit und des sinnvollen Dialogs zur Bewältigung der laufenden und sich abzeichnenden Krisen im OSZE-Raum. Ferner hielt sie fest, wie wichtig es ist, den Klimawandel zu bekämpfen und die Konflikte in der OSZE-Region zu lösen. Abschliessend führte Muttonen aus, dass es äusserst wichtig sei, dass alle OSZE-Staaten das Pariser Übereinkommen von 2015 über den Klimawandel ratifizieren und ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen nachkommen. Ebenso forderte sie eine Verstärkung der Bemühungen zur Lösung der Krise in und um die Ukraine.

Seitens der Gastgeber richtete der andorranische Parlamentspräsident Vincenç Mateu Zamora seine Worte an die versammelten Parlamentarier. Der

Parlamentspräsident stellte fest, dass Sicherheit und Zusammenarbeit die Kernwerte der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten sind. Diese Werte seien Teil eines Rahmens, der notwendig sei, damit sich die Bürger sowohl einzeln als auch gemeinsam frei entwickeln können. Abschliessend unterstrich Mateu Zamora, dass Europa schwierige Zeiten durchmache und er hoffe, dass die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen könne, um auf eine bessere Zukunft hinzuarbeiten. Der Dialog sei dabei der Schlüssel, um Lösungen für eine gerechtere und friedlichere Welt zu finden.

Antoni Martí Petit, Premierminister Andorras, sprach ebenfalls an der Eröffnungssitzung. Er führte aus, dass Multilateralismus der Weg zu mehr demokratischen und fairen internationalen Beziehungen sei. Langfristig sei es die einzige Möglichkeit, Lösungen für die Probleme der internationalen Gemeinschaft zu finden. Er unterstrich, dass die an der Herbsttagung diskutierten Themen – Cybersicherheit, Klimawandel und Bildung – nicht nur auf nationaler Ebene behandelt werden müssen, sondern sie eine globalere Perspektive und internationale Zusammenarbeit erfordern.

3. Der Ständige Ausschuss

Die Delegierten des Ständigen Ausschusses traten am 4. Oktober zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Dabei wurden sie über die Aktivitäten der Präsidentin der Versammlung informiert. Anschliessend stand die Behandlung von verschiedenen Berichten zuhanden der Versammlung auf der Tagesordnung. Die Vorsitzenden der Ad-hoc-Komitees «Geschäftsordnung», «Migration» und «Terrorismusbekämpfung» berichteten über ihre Tätigkeiten seit der Jahrestagung. Weiter informierte der Generalsekretär der Versammlung, Roberto Montella, über die Aktivitäten des Internationalen Sekretariats. Dabei unterstrich er einmal mehr die Wichtigkeit dass die Teilnehmerstaaten eine Tagung ausrichten. Schatzmeisterin Doris Barnett informierte über den guten aktuellen Stand des Budgets 2017. Verschiedene Parlamentarier forderten in ihren Voten eine Anhebung der Mitgliederbeiträge, da diese mehrheitlich nicht mehr der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Teilnehmerstaaten entsprachen. Ebenfalls zum Ausschuss sprach Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, die neue Direktorin des ODHIR.

Der Ständige Ausschuss führte eine Debatte über die aktuelle Situation in Spanien und Katalonien. Abschliessend gab die Präsidentin folgende Erklärung ab:

«Wir alle haben die jüngsten Ereignisse in Katalonien mit grosser Besorgnis verfolgt. Da am Sonntag bei Zusammenstössen einige Menschen verletzt wurden, fordere ich einen konstruktiven Dialog und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in Spanien von allen. Unterschiede müssen durch politischen Dialog gelöst werden, und ich vertraue voll und ganz darauf, dass die demokratischen Institutionen Spaniens diese Möglichkeit bieten können. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte muss für alle gelten. Deshalb fordere ich alle Behörden auf, gebührende Zurückhaltung und Verhältnismässigkeit bei der Durchsetzung des Gesetzes zu gebrauchen.»

4. Die drei Dimensionen der OSZE

Session 1 – Addressing Cybersecurity

Als Hauptredner waren Xavier Espot Zamora, Justizminister Andorras, Rasa Ostrauskaite, OSZE-Koordinatorin für transnationale Bedrohungen sowie César Marquina i Perez de la Cruz, Sicherheitsbeauftragter der Telecom Andorra, eingeladen. Diskutiert wurde das Thema Cybersicherheit. Isabel Santos, Vizepräsidentin der OSZE PV, unterstrich in ihrer Eröffnungsrede, dass Cyberangriffe eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit in allen gesellschaftlichen Bereichen – einschliesslich der Regierung sowie des privaten und öffentlichen Sektors – darstellen. Diese Bedrohung zu ignorieren oder zu unterschätzen, dürfe nicht passieren. Weiter betonte sie die Notwendigkeit, kritische Infrastruktur zu schützen und den Fokus auf Cyberbedrohungen durch nichtstaatliche Akteure wie organisierte Kriminalität und Terroristen zu erhöhen. Rasa Ostrauskaite hielt fest, dass man sich diesen Gefahren bewusst sei und die OSZE deshalb erste vertrauensbildende Massnahmen, um die Risiken für Konflikte aufgrund von Cyberzwischenfällen zu verringern, geschaffen habe. Die Prävention sei bei dieser Thematik essenziell.

In der anschliessenden Diskussion wurde festgestellt, dass einerseits die Technologie bemerkenswerte Fortschritte im Leben der Menschen brachte, dies aber andererseits auch zu einer Welle von Unsicherheit, Spekulation und Fehlinterpretation innerhalb der zwischenstaatlichen Beziehungen geführt habe. Es wurde unterstrichen, dass dies manchmal zu Misstrauen und erhöhten Spannungen zwischen den Regierungen geführt habe.

Session 2 – Environmental Security: Addressing Climate Change

Zum Thema Klimawandel sprachen Silvia Calvó Armengol, Umweltministerin Andorras, Ralf Ernst, Stellvertretender Koordinator der OSZE für Wirtschaft und Umwelt, und Carles Miquel Garcia, Leiter des Büros für Energie und Klimawandel der andorranischen Regierung. Victor Paul Dobre, Vizepräsident der OSZE PV, hielt fest, dass der Klimawandel nicht nur eine ökologische Herausforderung sei. Es sei an der Zeit, dass das Klima auch aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Perspektiven betrachtet werde. Die unverhältnismässigen Auswirkungen, die der Klimawandel insbesondere auf Länder mit niedrigem Einkommen habe, erfordere von allen die Aufmerksamkeit, um weitere humanitäre Katastrophen zu vermeiden. In der folgenden Diskussion äusserten die Parlamentarier breite Unterstützung für das Pariser Übereinkommen über den Klimawandel und die Notwendigkeit, die CO₂-Emissionen und andere Treibhausgase kontinuierlich zu senken. Dabei sollten saubere und erneuerbare Energiequellen entwickelt und gefördert werden. Angesichts der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels wurde festgestellt, dass ein effizientes Management der Wasserressourcen noch wichtiger werde und eine stärkere internationale Zusammenarbeit erforderlich sei. Die Parlamentarier forderten, die aktive Arbeit der OSZE in diesem Bereich gemeinsam mit anderen internationalen Gremien fortzusetzen.

Session 3 – Human Dimension: Promoting Education as a Guarantee of Stability and Development

Die dritte Session behandelte das Thema Bildung. Einleitend sprachen Eric Jover Comas, Bildungsminister Andorras, und Ester Viarrubla Escales, Direktorin des andorranischen Schulamts, zu den Parlamentariern. Die Redner stellten das andorranische Bildungssystem vor und gaben vertiefte Einblicke in die Thematik. Durch die Sitzung führte Roberto Battelli, Vizepräsident der OSZE PV. Er sagte, dass in einer Zeit der Budgetkürzungen die Ausgaben für Bildung allzu oft ein Ziel für Einsparungen seien. Jedoch seien solche Ersparnisse illusorisch, da man in den folgenden Jahren enorme Kosten zu bezahlen habe, sofern man nicht bereit sei, Innovation und Inklusion zu fördern. Bildung sei kein entbehrlicher Gegenstand, sondern ein wesentliches Instrument der Konfliktprävention und der Entwicklung, in welches investiert werden müsse, so der Vizepräsident abschliessend.

In der Diskussion meldeten sich zahlreiche Parlamentarier zu Wort. Dabei betonten sie die Möglichkeiten der Bildung, durch die Prinzipien der Vielfalt und Toleranz zur sozialen und internationalen Stabilität beizutragen und dabei die Radikalisierung zu bekämpfen. Einige Redner sprachen die Herausforderung der Bildung für Flüchtlinge an. Dabei stellten sie fest, dass eine ganze Generation von Flüchtlingskindern Gefahr laufe, die Bildung zu verpassen.

5. Mittelmeerforum

Das Mittelmeerforum wurde vom neu bestellten Sonderbeauftragten der OSZE für den Mittelmeerraum, Pascal Allizard, eröffnet. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Vorträge von Botschafter Luca Frattini, dem Vorsitzenden der OSZE-Kontaktgruppe der Mittelmeerpartner für Zusammenarbeit, von Pedro Roque, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Mittelmeerstaaten, und von Mário Gomes, Diplomatischer Berater des Generalsekretärs der Union für den Mittelmeerraum. Ebenfalls ihre Worte an die Versammlung richteten die Delegierten der OSZE-Mittelmeer-Kooperationspartner Algerien, Marokko und des Palästinensischen Legislativrats.

Anschliessend ergriffen Parlamentarier u.a. aus Zypern, Kanada und dem Vereinigten Königreich das Wort. Ihre Wortmeldungen befassten sich mit Themen wie der humanitären Herangehensweise an die Migrationsströme, der Infrastrukturentwicklung im Mittelmeerraum, der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und den Auswirkungen des demografischen Wandels in der Region.

V. Wahlbeobachtung

Mit besonderem Nachdruck setzt sich die OSZE PV seit 1993 für die Beobachtung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ein. Die Anwesenheit parlamentarischer Wahlbeobachter gerade bei Wahlen in Ländern, die sich in Übergangs- und Post-Konfliktphasen befinden, zeigt, wie wichtig die Legislative als

institutionelles Gegengewicht zur Exekutive ist. Seit 1997 gibt es eine Kooperationsvereinbarung mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Bezug auf Wahlbeobachtungen.

Im Berichtsjahr nahm ein Mitglied der neu bestellten Delegation an einer Wahlbeobachtungsmission teil. Liechtenstein wurde an den Präsidentschaftswahlen in Kirgisistan durch den Abgeordneten Günter Vogt vertreten. Die Teilnahme Liechtensteins an der Wahlbeobachtung in Kirgisistan wurde mit der liechtensteinischen OSZE-Botschafterin in Wien abgesprochen.

Bericht des Abgeordneten Günter Vogt über seine Teilnahme an der Wahlbeobachtung in Kirgisistan vom 12. bis 17. Oktober 2017

Zusammenfassung Wahlbeobachtungsmission

Die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV) organisierte für die Präsidentschaftswahlen vom 15. Oktober in Kirgisistan eine Wahlbeobachtungsmission. Insgesamt nahmen 45 Parlamentarier aus 22 OSZE-Teilnehmerstaaten teil, darunter Liechtenstein.

«Dies ist die erste Wahl in Kirgisistan seit den gesetzlichen Änderungen, die durch das Verfassungsreferendum vom Dezember 2016 und die Änderungen des Verfassungsgesetzes von 2017 für Wahlen eingeführt wurden.» (Quelle: OSZE PV)

«Diese Wahlbeobachtungsmission hat daher eine besondere Verantwortung zu beachten, wie sich diese Veränderungen – zum Guten oder zum Schlechten – auf die demokratische Entwicklung des Landes auswirken.» (Quelle: OSZE PV)

Allgemeine Daten zu Kirgisistan

- Einwohner: 5,5 Mio., ca. 3,9 Mio. Wahlberechtigte.
- Staat: Seit 2010 ist Kirgisistan eine parlamentarische Republik, hervorgegangen aus der Kirgisischen SSR der Sowjetunion, erlangte seine Unabhängigkeit mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991.
- Gliederung: Kirgisistan ist in sieben Gebiete sowie die zwei zu keinem Gebiet gehörenden Städte Bischkek und Osch gegliedert. Die Gebiete sind wiederum in 40 Landkreise unterteilt. Die Stadt Bischkek ist in vier Bezirke unterteilt. Die Landkreise wiederum sind in insgesamt 473 ländliche Lokalverwaltungen und 22 Städte untergliedert.
- Parlament: Die Legislative liegt beim Einkammerparlament (Dschogorku Kenesch). Dieses besteht aus 120 Abgeordneten. Um den Einzug ins Parlament zu schaffen, muss eine Partei 5% der Stimmen erzielen (bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten landesweit) und in jedem der sieben Gebiete und in den Städten Bischkek und Osch mindestens 0,5% der Stimmen erreichen (bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten in jedem Gebiet).
- Nach dem Wahlgesetz haben alle kirgisischen Staatsangehörigen ungeachtet ihrer Herkunft, Rasse, Geschlecht, Ethnie, religiösen oder politischen

Überzeugung ab 18 Jahren das Recht zu wählen und können ab 25 Jahren selbst gewählt werden. Die Abgeordneten werden ausschliesslich über Parteilisten und für fünf Jahre gewählt; die Möglichkeit von Einzelkandidaturen wurde im Jahr 2007 gestrichen.

- Wirtschaft: Das 1991 unabhängig gewordene Land übernahm eine vollkommen auf den Markt der Sowjetunion ausgerichtete Wirtschaftsstruktur. Die Restrukturierung derselben und die Privatisierung der Betriebe wurden zwar in Angriff genommen, auch mit Hilfe internationaler Organisationen wie des IWF und der Weltbank, gerieten aber immer wieder wegen Korruption, politischer Opposition und mangelndem Investoreninteresse ins Stocken. Dennoch bekam die Regierung ein ökonomisches Grundproblem postsowjetischer Staaten, hohe öffentliche Ausgaben bei gleichzeitigem Einbruch der Staatseinnahmen, relativ gut in den Griff. Ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor sind auch die im Ausland – vor allem in Russland, aber auch in Kasachstan – arbeitenden Kirgisen. Laut Schätzungen haben (vor der globalen Wirtschaftskrise ab 2008) zwischen 500'000 und 800'000 Gastarbeiter Zahlungen nach Kirgisistan überwiesen, die rund 25% des BIP ausmachten. Kirgisistan ist seit dem 15. August 2015 Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion.
- Exportgüter: Die Exportgüter sind hauptsächlich Maschinen, chemische Produkte und Elektrotechnik.
- Besonderheiten: Während zu Sowjetzeiten im Norden moderne urbane Zentren gegründet wurden, blieb der Süden mit seiner grossen usbekischen Minderheit ländlicher geprägt. Ethnische Konflikte im Süden sowie eine Unterrepräsentanz des Südens in der kirgisischen Politik bergen weiter ein Spannungspotenzial. Diesem wird mit präsidentieller Kontrolle über die Provinzgouverneure einerseits sowie Investitionsprogrammen für den Süden andererseits zu begegnen versucht.
- Tokmok (kirgisisch Токмок; russ. Токмак/Tokmak) ist eine nordkirgisische Stadt nur wenige Kilometer von der Grenze zu Kasachstan entfernt. Tokmok wurde um 1830 als militärischer Stützpunkt des zentralasiatischen Khanats von Kokand gegründet. Nur dreissig Jahre später wurde es im Zuge der zaristischen Kolonialbesetzung Zentralasiens von russischen Truppen erobert, die das Fort zerstörten. Die heutige Stadt geht auf die Gründung einer russischen Ansiedlung im Mai 1864 durch Generalmajor Michail Grigorjewitsch Tschernjajew an gleicher Stelle zurück.
- Zu Zeiten der Sowjetunion befand sich auf dem Flugplatz unmittelbar östlich der Stadt eine grosse Luftwaffenbasis, auf der insbesondere Kampfpiloten aus osteuropäischen, arabischen und afrikanischen Staaten ausgebildet wurden. An diese Zeit erinnert noch heute ein grosses Monument mit einem Iljuschin Il-28-Bomber in der Mitte der Stadt.
- Von 2003 bis zum 19. April 2006 war die Stadt Verwaltungssitz des Gebietes Tschüi.
- Die Stadt ist Standort von Dienstleistungs- und Industriebetrieben, hat aber seit der Auflösung der Sowjetunion viele Arbeitsplätze und Einwohner verloren.

Während 1989 noch mehr als 73'000 Menschen in Tokmok lebten und die Stadt damit die drittgrösste des Landes war, waren es im Jahre 2009 nur noch etwas mehr als 53'000 und Tokmok fiel auf die fünfte Stelle zurück.

Ablauf der Wahlbeobachtungsmission

Donnerstag, 12. Oktober: Anreise Liechtenstein – Bishkek via Istanbul.

Freitag, 13. Oktober: Vorbereitung in Bishkek.

Eröffnungsinformationen der Delegationsleiter der Parlamentarischen Delegationen von OSZE, PACE, OSZE PV und EU. Einführungsinformationen der lokalen Delegationsleiter von OSZE und EU. Wahlbriefing Teil 1 inklusive der politischen Situation, Kampagnenaktivitäten der Kandidaten, nationale Minderheiten, Medien. Information über zivile und politische Rechte in Kirgisistan. Treffen mit Kandidaten oder Kandidatenvertretern der elf sich der Wahl stellenden Personen.

Samstag, 14. Oktober: Vorbereitung in Bishkek.

Ganztags erhielten die Beobachter ein detailliertes Briefing durch die OSZE-Mitarbeitenden und den Delegationsleiter der EU für Kirgisistan. Wahlbriefing Teil 2: Informationen zur Wahladministration und zu Wahlregistrierungsmöglichkeiten. Treffen mit Ombudsmännern, NGOs, Medienvertreter.

Für die Wahl wurde jedem Wahlteam bestehend aus zwei Personen (mein Begleiter: Prof. Dr. Egon Jüttner, CDU, Parlament Deutschland, OSZE PV), eine umfassende Berichtserstattung für die ausführliche Dokumentation der Wahl abgegeben und erklärt. Anschliessend fand ein Treffen mit dem begleitenden Dolmetscher und dem persönlichen Fahrer statt. Da ein zweites Beobachtungsteam der OSZE PV für den zugeteilten Ort Tokmok eingeteilt wurde, wurden die Besuche der 20 möglichen Wahllokale durch die Delegationen koordiniert.

Sonntag, 15. Oktober: Wahlbeobachtung von 7:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Um 6:30 Uhr Abfahrt von Bishkek in Richtung Tokmok. Die Strassenverhältnisse waren sehr «gewöhnungsbedürftig» und sind mit unseren Verhältnissen nicht zu vergleichen. Eine hohe Zahl von Verkehrsunfällen lässt zudem auf eine nicht den Verhältnissen angepasste Fahrweise schliessen, was bestätigt werden kann. Wir besuchten, in Abstimmung mit dem im gleichen Wahlkreis zugeteilten französischen Wahlteam, zehn Wahllokale.

Die Wahlen waren sehr gut organisiert. Dies auch mit Blick auf die technischen Einrichtungen mit elektronischer Erfassung der Wähler (ID, Fingerprint, Gesichtserkennung) sowie die Eingabe über einen Erfassungsscanner für den Abstimmungsbeleg.

Die Bevölkerung war sehr freundlich und die Wahlteams (71% Frauenanteil) ausserordentlich hilfsbereit und informativ. Probleme waren insbesondere bei der Einflussnahme von Kandidaten gegeben (auch innerhalb des Wahllokales) sowie

dem nicht ganz geheimen Wahlprozess bei der Eingabe des ausgefüllten Wahlbeleges in den Scanner (Einsicht der Wahlauswahl möglich). Bei einer Wahlstation wurden Reklamationen von Wählern über die verweigerte Zulassung zur Wahl geäußert. An den meisten Wahlstationen herrschte eine grosse Polizeipräsenz.

Die Berichterstattung erfolgte über eine umfangreiche Checklist für jedes Wahllokal.

Montag, 16. Oktober: 8:00 Uhr Debriefing/14:00 Uhr Pressekonferenz

Die Ergebnisse der Checklisten wurden durch den OSZE-Verantwortlichen für Statistik vorgestellt. Die Ergebnisse zwischen den Beobachtungsteams und dem provisorischen Wahlergebnis, welches 54% für den ehemaligen Regierungschef Scheenbekow und 33% für Babanov ergab, seien quantitativ übereinstimmend.

Folgende Probleme bildeten die Hauptaugenmerke:

- Einflussnahme auf das Wahlverhalten durch Kandidatenvertreter.
- Gekaufte Wahlstimmen (Informationen darüber sind von diversen Beobachtungsteams gemeldet worden. Dies wurde auch von anderen Informationsquellen bestätigt. Die Zahlungen würden sich bei einem durchschnittlichen Einkommen von USD 200, zwischen USD 30 und USD 80 bewegen).
- Wahl auf Wahlbeleg nicht geheim sofern nicht speziell vom Wähler darauf geachtet wird.

Weitere Informationen zum Verhalten der Wahlkommissionen beim Auszählen sowie bei regionalen Unterschieden in der Qualität der Sicherheit wurden berichtet. Inwieweit diese Punkte die Wahl beeinflusst haben, kann abschliessend nicht beurteilt werden.

Die Ergebnisse und mögliche Empfehlungen zur Wahl wurden der Presse vorgestellt. Offizielle OSZE-Information an die Observer:

- Statement of preliminary findings and conclusions of the International election observation mission to the Republic of Kyrgyzstan:
<https://www.oscepa.org/documents/all-documents/election-observation/election-observation-statements/kyrgyzstan/statements-14/3606-2017-parliamentary-eng-1/file>
- Press release: <https://www.oscepa.org/news-a-media/press-releases/2774-competitive-kyrgyzstan-presidential-election-provides-for-orderly-transfer-of-power-although-cases-of-misuse-of-public-resources-pressure-and-vote-buying-remain-a-concern-international-observers-say>
- Flickr Album: <https://www.flickr.com/photos/oscepa/albums/72157687816022274>

Dienstag, 17. Oktober: Rückreise nach Liechtenstein

VI. Zusammenarbeit

Nach der Neubestellung der Delegation organisierte das Ministerium für Äusseres im Frühjahr 2017 ein Informationstreffen. Die Aussenministerin machte Ausführungen über die Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik und die OSZE-Botschafterin informierte über die Schwerpunkte Liechtensteins bei der OSZE in Wien. Anschliessend erfolgte der Informationsaustausch zwischen Regierung und der OSZE-Parlamentarierdelegation vor jeder Session. Die Delegation erhielt ein umfangreiches Dossier seitens des Ministeriums für Äusseres mit Liechtenstein spezifischen Unterlagen. Diese pragmatische Informationspolitik wird als sehr wertvoll und hilfreich erachtet.

VII. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Berichtsjahr 2017 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation inklusive der Kosten für die Wahlbeobachtung auf CHF 14'595 (Vorjahr CHF 22'685). Die Taggelder machten im Jahr 2017 CHF 15'000 (Vorjahr CHF 19'000) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betragen im Berichtsjahr CHF 4'442 (EUR 4'030).

VIII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie die einzelnen Reden und umfassenden Berichte zu den Tagungen in Schriftform sowie Video-Aufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

IX. Schlusswort und Antrag

Die Delegation konnte im Berichtsjahr aufgrund der Landtagswahlen nicht an der Wintertagung teilnehmen. Der erste Einsatz der neuen Delegationsmitglieder erfolgte an der Jahrestagung in Minsk. Aufgrund der terminlichen Überschneidung mit der Oktober-Landtagssitzung konnte die Delegation nicht vollständig an der Herbsttagung teilnehmen.

Aufgrund der existierenden Überschneidungen von Sitzungsperioden des Landtages und den Sessionen der OSZE-Versammlung wäre es sinnvoll, sofern die Sessionstermine nicht koordiniert werden können, zumindest die bestehende Praxis in der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein vom 19. Dezember 2012 soweit zu lockern, dass den Mitgliedern Ständiger Delegationen die Teilnahme an einer Session ermöglicht wird, wenn die Stellvertretung des teilnehmenden Abgeordneten im Landtag geregelt ist.

Nach den Parlamentswahlen in Österreich vom 15. Oktober gehörte Christine Muttonen nicht mehr dem österreichischen Nationalrat an. Daher trat sie am 9. November von ihrem Amt als Präsidentin der Versammlung zurück. Sie war die erste gewählte Österreicherin und die zweite Frau in der Geschichte der Versammlung in diesem ehrenvollen Amt. Gemäss Geschäftsordnung übernimmt in einem solchen Fall der dienstälteste Vizepräsident das Amt des Präsidenten. Somit übernimmt der Georgier George Tsereteli (seit 2012 Vizepräsident der Versammlung) gemäss Artikel 5 Absatz 8 der Geschäftsordnung der PV der OSZE bis zu den Wahlen anlässlich der nächsten Jahrestagung die Aufgaben des Präsidenten der Versammlung.

George Tsereteli übernahm am 9. November 2017 offiziell die Aufgaben des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE als dienstältester Vizepräsident, der erstmals während der Jahrestagung 2012 in Monaco gewählt und anschliessend auf der Jahrestagung 2015 in Helsinki wiedergewählt wurde. Nach einer Karriere in der Wirtschaft und als praktizierender Neurologe kam er 1995 in die Politik. Er diente in der Stadt Tiflis, bevor er 1999 ins Parlament gewählt wurde. Im georgischen Parlament war Tsereteli zwischen 2000 und 2004 und ab 2008 stellvertretender Vorsitzender bis 2012. Im Jahr 2004 war er Georgiens stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialschutz. Als Mitglied des Parlaments war er auch Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik und Selbstverwaltung (1999-2000) und des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (2004-2008). Derzeit ist er im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales tätig. Er ist auch Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion «Europäisches Georgien – Bewegung für die Freiheit». Zwischen 2011 und 2013 fungierte Tsereteli als Präsident des Europäischen Parlamentarischen Forums für Bevölkerung und Entwicklung (EPF), nachdem er zuvor als Vizepräsident gedient hatte.

Ich danke meiner Delegationskollegin Helen Konzett, der Frau Botschafterin in Wien, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Regierung und unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die hervorragende Zusammenarbeit.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2017 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Günter Vogt

Balzers, im Dezember 2017